## S 11 KG 4/20

## Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Hessen

Sozialgericht Sozialgericht Kassel

Sachgebiet Kindergeld-/Erziehungsgeldangelegenheit

en

Abteilung -

Kategorie Gerichtsbescheid

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 11 KG 4/20 Datum 10.09.2020

2. Instanz

Aktenzeichen L 5 KG 2/20 Datum 21.11.2022

3. Instanz

Datum -

Der Bescheid vom 5.2.2020 in der Fassung des Widerspruchsbescheides vom 19.3.2020 wird aufgehoben und die Beklagte wird verurteilt, dem Kläger ab Dezember 2019 Kindergeld in gesetzlichem Umfang zu gewähren.

Die Beklagte hat die notwendigen au̸ergerichtlichen Kosten des Klägers zu tragen.

**Tatbestand** 

Der KlĤger begehrt Kindergeld an sich selbst.

Der 1998 in Afghanistan geborene Kläger beantragte bei der Beklagten am 23.12.2019 Kindergeld für sich selbst. Dazu gab er an, über eine Duldung (Aussetzung der Abschiebung) zu verfügen und sich seit Mai 2018 in einer zweijährigen Ausbildung zur Fachkraft in der Gastronomie zu befinden. Dazu legte er den Berufsausbildungsvertrag mit dem Hotel B. in A-Stadt vor. Der Kläger erklärte, sein Vater sei in 2015 in Afghanistan verstorben. Der Kläger habe im Juli 2015 Afghanistan allein und ohne Eltern verlassen und habe seitdem keinen

Kontakt zur Mutter gehabt. Es gebe keine Kontaktmöglichkeiten von Deutschland nach Afghanistan.

Den Antrag lehnte die Beklagte mit Bescheid vom 5.2.2020 mit der Begründung ab, der Kläger habe keine Bemühungen dargelegt, den Aufenthalt der Eltern zu ermitteln.

Mit Schreiben vom 20.2.2020 legte der KlĤger Widerspruch ein und machte geltend, vor seiner Flucht aus Afghanistan habe er in der Provinz Kabul, Distrikt Paghmann im Dorf C-Stadt bis Juli 2015 mit seinen Eltern H. und M. A. Sein Vater sei Polizeibeamter und Fahrer des Ķrtlichen Polizeikommandanten gewesen und er sei von den Taliban ermordet worden. Diese hĤtten Drohbriefe geschickt und nach ihm gesucht, um ihn zu rekrutieren und er habe deshalb das Land verlassen mÃ⅓ssen, um sein Leben zu retten. Seine Mutter habe ebenfalls das Dorf verlassen und sei zu ihrem Bruder S. nach Kabul gezogen. Die Adresse dort sei Kabul, Ghahar Rahe, D-Stadt gewesen. Nur selten bestehe die Möglichkeit, mit ihr telefonisch Kontakt aufzunehmen. Wegen der Bedrohung durch die Taliban sage sie nicht den wahren Aufenthaltsort. Das Gespräch sei sehr einseitig und sie frage nur, wie es ihm gehe. Ein Aufgebotsverfahren nach § 19 VerschG mÃ⅓sse an das Amtsgericht Berlin-Schöneberg gestellt werden. Dies sei ein kompliziertes und langwieriges Verfahren. Die Anforderungen der Beklagten an den Bezug von Kindergeld seien zu hoch angesetzt.

Mit Widerspruchsbescheid vom 19.3.2020 wies die Beklagte den Widerspruch als unbegründet zurück. Dazu führte sie aus, gemÃxÃ∏ <u>§ 1 Abs. 2 BKGG</u> erhalte Kindergeld für sich selbst, wer in Deutschland einen Wohnsitz oder seinen gewA¶hnlichen Aufenthalt habe, Vollwaise sei oder den Aufenthalt seiner Eltern nicht kenne und nicht bei einer anderen Person als Kind zu berļcksichtigen sei. Berücksichtigt würden also Vollwaisen und Kinder, die den Aufenthalt ihrer Eltern nicht kennen würden. Dem Tod der Eltern sei die Unkenntnis des Kindes von Ihrem Aufenthalt gleichgestellt. Die Unkenntnis des Aufenthalts der Eltern sei nach den subjektiven Ma̸stäben des Kindes zu beurteilen (Bundessozialgericht -BSG- Urteil vom 8. April 1992, 10 RKg 12/91, DBIR3929 BKGG/§ 1). Sei kein Aufgebotsverfahren zum Zwecke einer TodeserklĤrung beantragt oder kein Aufgebot erlassen worden, müsse zumindest unterstellt werden können, dass das Kind es nicht grob fahrlÄxssig oder vorsÄxtzlich unterlassen habe, Hinweisen auf den Aufenthalt seiner Eltern nachzugehen. Vom Kind seien daher zumindest die Umstände der Trennung von seinen Eltern sowie eigene oder fremde Bemühungen zur Ermittlung ihres Aufenthaltsortes und Anhaltspunkte für eine Verschollenheit darzulegen und diese Erklärungen mäglichst durch Geschwister oder sonstige Verwandte zu bestÄxtigen. Die Voraussetzungen zur Berücksichtigung des Klägers als Vollwaise würden nicht vorliegen. Der Gesetzgeber habe unter Berücksichtigung von Sinn und Zweck des Kindergeldes und von gesetzessystematischen Bedenken eine eng begrenzte Ausnahmeregelung unter HÃxrtegesichtspunkten schaffen und Kindergeld für sich selbst nur einem entsprechend eng begrenzten Personenkreis zukommen lassen wollen (BT-DrS.10/2563, Seite 3). Die letztlich beschlossene Gesetzesfassung gehe allerdings über die Beschlussvorlage hinaus, indem die hier allein in Betracht

kommende Variante der Unkenntnis des Aufenthaltes der Eltern eingefä¼gt worden sei. Mit der gesetzlichen Regelung habe kein Anspruch auf Kindergeld für sich selbst fýr den Fall geschaffen werden sollen, dass die Eltern aufgrund eines stĤndigen Auslandsaufenthaltes keinen Kindergeldanspruch hĤtten oder dem Kind keinen Unterhalt leisten kA¶nnten (vergleiche hierzu Hessisches Landessozialgericht -LSG-, Urteil vom 25.6.2014, <u>L 6 KG 3/11</u>, in juris). In Anbetracht von <u>§ 1 Abs. 1 Nr. 1 BKGG</u> in der zum Zeitpunkt des Gesetzgebungsverfahrens geltenden Fassung stehe au̸er Frage, dass Kindergeld im Ergebnis nicht gezahlt werden könne, wenn die Eltern lebten, sich aber im Ausland aufhielten. Dementsprechend habe der Gesetzgeber den engen Anwendungsbereich der aus Härtegesichtspunkten geschaffenen Ausnahmeregelungen nicht auf den bloÃ∏en Auslandswohnsitz bzw. gewĶhnlichen Aufenthalt der Eltern ausdehnen wollen. Davon ausgehend kĶnne auch das UnvermĶgen der im Ausland lebenden Eltern, dem Kind Unterhalt zu leisten, keine Rolle spielen. Mit dem Merkmal hÄxtten Kinder erfasst werden sollen, die mangels Kontakt nicht wüssten, wo ihre Eltern sich aufhalten würden und letztendlich nicht wissen könnten, ob sie noch am Leben seien und jemals die Elternstelle wieder einnehmen kannten. Nur dadurch sei ihrer Gleichstellung mit Vollwaisen erklĤrbar. Der bloÃ∏e Aufenthalt der Eltern im Ausland, verbunden mit dem UnvermĶgen, dem Kind Unterhalt zu leisten (also nicht in der Lage zu sein, den Unterhalt leisten zu kalnnen) begrä¼nde demnach keinen Anspruch des Kindes auf Kindergeld fýr sich selbst. Der Umstand, dass sich die Eltern im Ausland aufhalten wÃ1/4rden, ohne dass eine konkrete Adresse bekannt sei, die aber bei bestehendem Telefonkontakt durchaus erfragt werden könne, sei mit der Unkenntnis des Kindes vom Aufenthalt seiner Eltern bzw. des überlebenden Elternteils im Sinne des § 1 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 BKGG nicht gleichzusetzen. Hierin lĤge somit eine erweiternde Auslegung der Vorschrift, die im Hinblick auf deren eng begrenzten Ausnahmecharakter nicht in Betracht komme. Fýr eine analoge Anwendung fehle es an einer planwidrigen Gesetzeslýcke. Im Gesetzgebungsverfahren sei gesehen worden, dass die eng begrenzte Ausnahmeregelung auch zu einem Ausschluss von Personen fA1/4hre, die die Voraussetzungen des entsprechend eng gefassten Personenkreises nicht erfüllten, insbesondere im Falle eines beiderseitigen Auslandsaufenthaltes der Eltern oder eines Auslandsaufenthaltes des allein noch lebenden Elternteils, so dass an im Inland wohnende oder sich gewä¶hnlich aufhaltende Kinder in Anwendung von <u>§ 1 Abs. 2 Nr. 2 BKGG</u> kein Kindergeld gezahlt werden könne (LSG Rheinland-Pfalz, Urteil vom 5.7.2016, L 3 KG 3/15). Vorliegend kenne der KlĤger den Aufenthalt seiner Mutter. Er gebe an, dass diese sich in Kabul aufhalte. Auch habe er angegeben, gelegentlich Kontakt zu seiner Mutter nach Kabul zu haben. Selbst wenn ihm der konkrete Aufenthalt der Mutter unbekannt sein solle, sei es ihm aufgrund des telefonischen Kontakts mĶglich, den Aufenthaltsort ohne Weiteres zu erfragen. Inwiefern dabei eine Gefahr fÃ1/4r die Mutter entstehe, sei nicht hinreichend konkretisiert worden. Daher kA¶nne vorliegend, auch wenn sich die Mutter in einem Kriegsgebiet aufhalte, nicht von der Unkenntnis des Aufenthaltsorts ausgegangen werden. Aus dem Grund sei bei enger Auslegung des Gesetzes unter Berücksichtigung des Sinns und Zwecks der Regelung für Vollwaisen der Kläger nicht zu berücksichtigen.

Hiergegen richtet sich die am 20.4.2020 beim Sozialgericht Kassel eingegangene

Klage. Dazu wird geltend gemacht, eine telefonische Kontaktaufnahme des Klägers mit seiner Mutter in Afghanistan sei dem Kläger von Deutschland aus nicht möglich. Nur äuÃ□erst selten rufe die Mutter selbst an. Ihren Aufenthaltsort gebe sie nicht preis. Eine RÃ⅓ckrufmöglichkeit bestehe fÃ⅓r den Kläger nicht. Er habe keine Möglichkeit, ihren Aufenthaltsort zu ermitteln. Seine AusbildungsprÃ⅓fung im Juni 2020 habe er nicht bestanden. Die Ausbildung sei nunmehr um ein halbes Jahr verlängert worden.

In der mýndlichen Verhandlung vom 20. 2820 hat die Kammervorsitzende den Kläger zu den näheren Einzelheiten seiner Kenntnis vom Aufenthalt seiner Mutter in Afghanistan befragt. Ebenso ist der den Kläger begleitende ehrenamtliche Betreuer Herr F. befragt worden. Wegen des Inhalts deren Aussagen wird auf die Sitzungsniederschrift vom 20.8.2020 Bezug genommen. Der in der mýndlichen Verhandlung vom 20.8.2020 geschlossene Vergleich ist von der Beklagten mit Schreiben vom 26.8.2020 widerrufen worden.

Mit Schreiben vom 27.8.2020 hat das Gericht die Beteiligten zur Absicht angehĶrt, den Rechtsstreit ohne mündliche Verhandlung durch Gerichtsbescheid zu entscheiden. Die Beteiligten haben sich übereinstimmend mit einer Entscheidung durch Gerichtsbescheid einverstanden erklärt.

Der Kläger beantragt sinngemäÃ∏,Â

den Bescheid vom 5.2.2020 in der Fassung des Widerspruchsbescheides vom 19.3.2020 aufzuheben und die Beklagte zu verurteilen, ihm ab Dezember 2019 Kindergeld in gesetzlichem Umfang zu gewĤhren.

Die Beklagte beantragt,

die Klage abzuweisen

und nimmt Bezug auf die AusfĽhrungen im Widerspruchsbescheid vom 19.3.2020. Der Vergleich sei zu widerrufen gewesen. Der KlĤger kenne den Aufenthaltsort seiner Mutter in Kabul. Er habe auch in der mÃ⅓ndlichen Verhandlung nichts dazu vorgetragen, warum sich dieser Aufenthaltsort geändert haben sollte. Eine Unkenntnis des Aufenthalts liege nicht vor. Der Kläger habe alle zwei bis drei Monate telefonischen Kontakt mit der Mutter. Es bestehe keine fehlende Kontaktmöglichkeit. Bei der Behauptung von Repressalien der Mutter durch die Taliban bei Bekanntgabe ihres Aufenthaltsortes und daher der Nichtnennung des Aufenthaltsortes scheine es sich um eine neue Masche zur Erlangung von Kindergeld zu handeln. Die Beklagte gehe davon aus, dass der Aufenthaltsort, unterstellt, er sei Ã⅓berhaupt unbekannt, erfragbar sei. Es entspreche nicht dem Willen des Gesetzgebers, bei Unkenntnis vom Aufenthaltsort und Weigerung der Mutter, einen konkreten Aufenthaltsort mitzuteilen, eine Gleichbehandlung mit Vollwaisen zu bejahen. Die gesetzliche Regelung wÃ⅓rde sonst ausgehebelt. Â

Wegen der weiteren Einzelheiten, auch im Vorbringen der Beteiligten, wird auf die Gerichtsakte und die beigezogene Verwaltungsakte der Beklagten Bezug genommen, soweit deren Inhalt Gegenstand dieser Entscheidung ist.

## Entscheidungsgründe

Der Rechtsstreit konnte ohne mündliche Verhandlung gemäÃ∏ <u>§ 105 Abs. 1 S.</u> 1 Sozialgerichtsgesetz (SGG) durch Gerichtsbescheid entschieden werden, nachdem die Beteiligten zuvor entsprechend angehört worden sind und ihnen eine angemessene Frist zur Stellungnahme eingeräumt wurde. Die Beteiligten haben sich übereinstimmend mit einer Entscheidung durch Gerichtsbescheid einverstanden erklärt. Darüber hinaus weist die Sache keine besonderen Schwierigkeiten tatsächlicher oder rechtlicher Art auf und der Sachverhalt ist geklärt, soweit der für die Entscheidung relevant ist.

Die form- und fristgerecht beim zustĤndigen Sozialgericht Kassel erhobene Klage ist zulĤssig und begrļndet. Die streitgegenstĤndlichen Bescheide der Beklagten vom 5.2.2020 und 19.3.2020 (Widerspruchsbescheid) lehnen in rechtswidriger Weise einen Anspruch des KlĤgers auf Kindergeld nach <u>ŧ 1 Abs. 2 BKGG</u> für die Zeit ab Dezember 2019 ab und verletzen damit den KlĤger in seinen Rechten. Denn entgegen der Auffassung der Beklagten erfüllt dieser die Voraussetzungen für die GewĤhrung von Kindergeld an sich selbst, denn er kennt den Aufenthalt seiner Eltern bzw. seiner Mutter nicht und es ist ihm auch kein rechtsmissbrĤuchliches Verhalten im Hinblick auf sein Bemühen um Ermittlung des Aufenthaltsortes der Mutter vorzuwerfen.

Nach <u>§ 1 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 BKGG</u> erhält Kindergeld fýr sich selbst, wer Vollwaise ist oder den Aufenthalt seiner Eltern nicht kennt. Im Hinblick auf letzteres Tatbestandsmerkmal werden die Voraussetzungen fĽr eine Kindergeldzahlung, anders als die Beklagte meint, im Falle des KlAxgers erfA¼llt. Denn nach dem Vorbringen des KlĤgers im Antragsverfahren und insbesondere in der durchgefýhrten mündlichen Verhandlung vom 20.8.2020 geht die erkennende Kammer davon aus, dass der Vater des KlAzgers verstorben ist und dem KlAzger der Aufenthaltsort der Mutter unbekannt ist. Zwar hat der Kläger in der mündlichen Verhandlung vom 20.8.2020 angegeben, dass er in gröÃ∏eren zeitlichen AbstĤnden von seiner Mutter angerufen wird, die sich dabei ausschlie̸lich nach dem Befinden des Klägers erkundigt. Gleichzeitig hat der KIäger erklärt, er habe von seiner Mutter seit ca. drei Monaten nichts mehr gehĶrt. Seit seiner Flucht nach Deutschland in 2015 war es dem KlĤger nicht möglich, von sich aus Kontakt mit seiner Mutter aufzunehmen. Die Kontaktaufnahme geht stets von der Mutter aus, ohne dass es dem KlĤger gelingt, per Rückruf in Verbindung mit der Mutter zu treten. An welchem Ort sich die Mutter aufhÃxlt, ob noch in Kabul, oder an einem anderen Ort in Afghanistan oder gar au̸erhalb von Afghanistan, ist nach eigenem Bekunden für den Kläger nicht zu ermitteln. Richtig ist der Hinweis der Beklagten, dass der Auslandsaufenthalt der Eltern bzw. des noch lebenden Elternteils allein fÃ1/4r die Kindergeldzahlung an den Antragsteller im Rahmen von § 1 Abs. 2 Nr. 2 BKGG nicht ausreicht. Beachtlich ist dies insbesondere dann, wenn Telefonkontakt besteht und der Aufenthalt der Eltern bzw. des Elternteils ohne weiteres erfragt werden kann. Letzteres ist dem KlĤger aber nach dessen glaubhaften Bekundungen nicht

möglich. Von sich aus kann der Kläger die Mutter nicht erreichen, sie selbst gibt bei ihren seltenen Anrufen nichts über ihren Aufenthalt preis. Dies ist angesichts der Ermordung des Vaters des KlĤgers durch die Taliban und die sich danach fortsetzende Bedrohung des KlĤgers und seiner Familie durch die Taliban nachvollziehbar. Zuletzt vor seiner Flucht aus Afghanistan in 2015 kannte der KlĤger den Aufenthaltsort seiner Mutter in Kabul. Dem KlĤger ist seitdem nicht nur keine Kontaktaufnahme von sich aus mit der Mutter mĶglich, sondern er weiÄ∏ auch definitiv nichts über ihren Aufenthalt nach 2015. Dass der Kläger den Aufenthalt seiner Mutter nicht kennt, auch nicht über Dritte oder (vermutlich) noch in Afghanistan lebende Verwandte, wie seine Schwester oder seinen Onkel (Bruder der Mutter) oder über offizielle Institutionen ermittelt hat, ist ihm nicht im Sinne eines rechtsmissbrĤuchlichen Nichtkennens vorwerfbar. Die von der Beklagten bei der Ablehnung des Kindergeldes insoweit monierte UntÄxtigkeit des KIägers im Hinblick auf die Ermittlung des Aufenthalts seiner Mutter wird vom Gericht anders bewertet. Ausgehend vom Eindruck des KlĤgers, der sich der erkennenden Kammer in der mündlichen Verhandlung vom 20.8.2020 vermittelt hat, hÃxlt das Gericht dessen Angaben und Ermittlungsversuche zum Aufenthalt der Mutter fýr glaubhaft. Es gibt keine Anhaltspunkte dafýr, wonach diese Angaben geschilderten (seltenen) Telefonanrufe seiner Mutter nur den Schluss zu, dass diese noch am Leben ist. Ihr Aufenthalt bleibt dem KlÄxger gleichwohl unbekannt und ein schuldhafter Vorwurf, diesen nicht zu ermitteln, kann gegenļber dem KlĤger nicht erhoben werden. Dabei stützt sich das Gericht auch auf die Angaben des in der mündlichen Verhandlung anwesenden ehrenamtlichen Betreuers des KIägers, Herrn F. Dieser hat zum einen bestätigt, dass dem KIäger selbst eine Kontaktaufnahme zur Mutter ebenso wenig mĶglich ist wie Ermittlungen zu deren Aufenthaltsort über Dritte. Er hat ferner die Schwierigkeiten der Kontaktaufnahme des Klägers mit Verwandten in Afghanistan bestätigt und auÃ∏erdem die MĶglichkeit der Ermittlung des Aufenthalts mit Hilfe von BehĶrden oder sonstiger Institutionen und Hilfsorganisationen, auch privater Hilfsorganisationen, ausgeschlossen. Auch die von der Beklagten geforderte Inanspruchnahme von Suchdiensten ist nicht umsetzbar. Wie dem Gericht aus einem parallelen Streitverfahren bekannt ist, werden Anfragen z. B. beim DRK-Suchdienst zur Ermittlung des Aufenthaltsortes der Eltern bzw. eines Elternteils zwecks Durchsetzung von Kindergeldansprüchen ausdrücklich mit dem Hinweis zurückgewiesen, für solche Anfragen stehe der DRK-Suchdienst nicht zur Verfügung. Trotz der berechtigten Annahme, dass die Mutter des Klägers lebt, kann dem KlĤger nach Ansicht des Gerichts eine zur Ablehnung der Kindergeldzahlung an den KlĤger führende missbräuchliche Nichtkenntnis oder gar ein bewusstes â∏sich verschlieÃ∏enâ∏ vor der Kenntnis vom Aufenthaltsort der Mutter nicht vorgeworfen werden. Angesichts der Fluchtgeschichte des KlĤgers und der aktuellen Situation in Afghanistan vermag sich das Gericht daher auch nicht der entwertenden Beurteilung der Beklagten anzuschlie̸en, bei den Angaben des KIägers zur Unkenntnis vom Aufenthalt der Mutter handele es sich um eine â∏neue Mascheâ∏∏.

Nach alledem sind die Anspruchsvoraussetzungen f $\tilde{A}^{1/4}$ r eine Kindergeldzahlung an den Kl $\tilde{A}$ ¤ger selbst f $\tilde{A}^{1/4}$ r die Zeit ab Dezember 2019, wie beantragt, zu bejahen. Der

Kläger steht seit Mai 2018 und nach nicht bestandener Prüfung jedenfalls auch noch für das 2. Halbjahr 2020 in einem Ausbildungsverhältnis. Während der Berufsausbildung besteht der Anspruch auf Kindergeld für sich selbst gemäÃ § 1 Abs. 2 S. 3 i.V.m. § 2 Abs. 2 Nr. 2 BKGG auch über das 21. Lebensjahr hinaus bis längstens zum 25. Lebensjahr.

Die Kostenentscheidung beruht auf  $\hat{A}$ § 193 SGG.  $\hat{A}$ 

Erstellt am: 07.02.2023

Zuletzt verändert am: 23.12.2024